Senatsverwaltung für Stadtentwicklung,
Bauen und Wohnen

Anhörungsbehörde

Information über die Verarbeitung personenbezogener Daten bei der Durchführung eines Anhörungsverfahrens im Rahmen eines Planfeststellungverfahrens (Artikel 13 DSGVO)

1. Bezeichnung der Verarbeitungstätigkeit

Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen verarbeitet personenbezogene Daten von Ihnen im Zusammenhang mit der Durchführung des Anhörungsverfahrens für Vorhaben des Straßen- und Radwegebaus bei planfeststellungspflichtigen Vorhaben nach §§ 22, 22b Berliner Straßengesetz (BerlStrG).

Mit diesen Datenschutzhinweisen möchte die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen gemäß Artikel 13 der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten informieren, sofern Sie eine Einwendung / Äußerung / Stellungnahme im Anhörungsverfahren abgeben.

2. Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen

Verantwortlich für die Datenverarbeitung ist:
Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
Württembergische Straße 6
10707 Berlin

Tel.: 030 / 90 173 3921

E-Mail-Adresse: Anhoerungsbehoerde-Strasse@senstadt.berlin.de
Internet-Adresse: www.stadtentwicklung.berlin.de

3. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Die Beauftragte für den Datenschutz ist erreichbar unter:
Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
DSB
Württembergische Straße 6
10707 Berlin
E-Mail: dsb@senstadt.berlin.de

4. Verarbeitungszwecke, Rechtsgrundlagen und Speicherdauer

Im Folgenden informieren wir Sie, warum wir Ihre Daten verarbeiten, die Rechtsgrundlage dafür und wie lange wir diese Daten aufbewahren:

Verarbeitungstätigkeit	Rechtsgrundlage	Aufbewahrungsfrist
Durchführung eines Anhörungsverfahrens im Rahmen eines Planfeststellungserfahrens, hier: Erfassung und Verarbeitung personenbezogener Daten zur Berücksichtigung der Einwendungen / Äußerungen / Stellungnahmen im Planfeststellungsverfahren Erfasst werden: Name, Vorname, Anschrift, Eigentum und andere dingliche Rechte an Grundstücken, Betriebsdaten sowie weitere personenbezogene Daten, soweit diese Daten Inhalt von Einwendungen / Äußerungen / Stellungnahmen sind.	Artikel 6 Abs. 1 Satz 1 e) DSGVO in Verbindung mit §§ 22, 22 b und § 27a BerlStrG	Die Daten werden so lange gespeichert, wie dies für die gesetzliche Aufgabenerfüllung erforderlich ist.

Die personenbezogenen Daten können durch Dienstleister der Senatsverwaltung, sogenannte Auftragsverarbeiter, verarbeitet werden. Im Anhörungsverfahren erfasst der Auftragsverarbeiter für die Anhörungsbehörde alle eingegangenen Einwendungen / Äußerungen und Stellungnahmen in einer Datei / Datenbank und stellt diese der Planfeststellungsbehörde bei der Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klima- und Umweltschutz (SenMVKU) zur Verfügung.

Der Vorhabenträgerin (SenMVKU, Abt. V) werden personenbezogene Daten zum Zwecke der Erstellung der Erwiderung auf die Einwendungen / Äußerungen und Stellungnahmen übermittelt.

Im Rahmen eines Erörterungstermins können Sprachaufzeichnungen (stenografisch und durch Tonaufnahmen) erstellt werden. Hierauf wird im Erörterungstermin ausdrücklich durch die Anhörungsbehörde hingewiesen. Die Aufzeichnungen werden ausschließlich durch die Anhörungsbehörde oder durch einen Auftragsverarbeiter und nur zum Zwecke der Erstellung des Protokolls des Erörterungstermins verwendet. Eine Weitergabe der Aufzeichnungen an sonstige Dritte erfolgt nicht. Das Protokoll über den Erörterungstermin wird an die Planfeststellungsbehörde weitergegeben.

5. Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten

Ihre personenbezogenen Daten werden weitergegeben an:

- Dienstleister (Auftragsverarbeiter) – zur Erfassung aller im Anhörungsverfahren eingegangenen Einwendungen / Äußerungen / Stellungnahmen,
- Dienstleister (Auftragsverarbeiter) – zur Durchführung des Erörterungstermins (z.B. zur Erstellung des Wortprotokolls),
- den Vorhabenträger (SenMVKU, Abt. V), der diese für die Erstellung der Erwiderung auf die Einwendungen / Äußerungen / Stellungnahmen benötigt,
- die Planfeststellungsbehörde (SenMVKU)

6. Übermittlung von personenbezogenen Daten an ein Drittland

Eine Datenübermittlung in ein Drittland oder an eine internationale Organisation ist nicht geplant.

7. Betroffenenrechte

Nach der Datenschutz-Grundverordnung stehen Ihnen folgende Rechte zu:

- ***Auskunft, Art. 15 DSGVO:*** Sie können jederzeit verlangen, dass wir Ihnen Auskunft darüber erteilen, welche personenbezogenen Daten wir von Ihnen wie verarbeiten. Zudem haben Sie Anspruch auf eine Kopie der personenbezogenen Daten, die wir von Ihnen verarbeiten.
- ***Berichtigung, Art. 16 DSGVO:*** Sie haben das Recht, unrichtige personenbezogene Daten berichtigen zu lassen sowie die Vervollständigung unvollständiger personenbezogener Daten zu verlangen.
- ***Löschung, Art. 17 DSGVO:*** Sie haben unter bestimmten Umständen das Recht, Ihre personenbezogenen Daten von uns löschen zu lassen. Dieses Recht gilt zum Beispiel, wenn Sie Ihre Einwilligung widerrufen oder wenn die personenbezogenen Daten nicht mehr zu den Zwecken, für die sie erfasst oder anderweitig verarbeitet wurden, notwendig sind.
- ***Einschränkung der Verarbeitung, Art. 18 DSGVO:*** Sie haben unter bestimmten Umständen das Recht, die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu verlangen. Dieses Recht gilt zum Beispiel, wenn Sie die Richtigkeit der personenbezogenen Daten anzweifeln oder wenn die Verarbeitung rechtswidrig ist.
- ***Datenübertragbarkeit, Art. 20 DSGVO:*** Sie haben das Recht, die personenbezogenen Daten, die Sie uns bereitgestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten und von uns zu verlangen, dass diese Daten ohne Behinderung einem anderen Verantwortlichen übermitteln werden, wenn dies technisch machbar ist. Diese Bestimmung gilt, sofern die Verarbeitung personenbezogener Daten mithilfe automatisierter Verfahren erfolgt und die Verarbeitung auf Ihrer Einwilligung (Art. 6 Abs. 1 Satz 1 a) DSGVO oder Artikel 9 Abs. 2 a) DSGVO oder auf einem Vertrag (Art. 6 Abs. 1 Satz 1 b) DSGVO) beruht.
- ***Widerspruch, Art. 21 DSGVO:*** Sie können beim Vorliegen besonderer Gründe jederzeit den Datenverarbeitungen widersprechen, die auf Grundlage eines berechtigten Interesses erfolgen.

8. Beschwerderecht

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde, wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden.
Wenn Sie sich an die Berliner Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit (BlnBDI) wenden möchten, können Sie diese wie folgt kontaktieren:

Berliner Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit

Alt-Moabit 59-61, 10555 Berlin (Eingang: Alt-Moabit 60);
Telefon: 030 / 13889 - 0; Telefax: 030 / 215 5050;
E-Mail: mailbox@datenschutz-berlin.de

Weitere Informationen können Sie dem offiziellen Internetauftritt der Berliner Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit (www.datenschutz-berlin.de) entnehmen.

9. Pflicht zur Bereitstellung der Daten

Sie sind nicht verpflichtet, Ihre Daten anzugeben. Um Ihre Einwendung / Äußerung / Stellungnahme im Rahmen des Anhörungsverfahrens berücksichtigen und bewerten zu können sowie sie im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens der Abwägung unterziehen zu können, ist die Bereitstellung Ihrer Daten jedoch erforderlich.

Wenn Sie die erforderlichen Daten nicht angeben, kann Ihre Einwendung / Äußerung / Stellungnahme gegebenenfalls nicht zugeordnet und somit mit ihren Inhalten nicht in das Anhörungsverfahren bzw. in das Planfeststellungsverfahren eingebracht werden, sie findet dann keine Berücksichtigung.